

Rathaus Journal

Bonn | Bad Godesberg - April 2022

Foto: © meinzahn / 123RF.com

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Frühling lockt mit steigenden Temperaturen und – trotz hoher Inzidenzen – scheint endlich ein deutliches Licht am Ende des Pandemie-Tunnels. Das weckt erst einmal positive Gefühle, wäre da nicht am 24. Februar 2022 etwas geschehen, was zumindest meine Generation noch nie erleben musste, was viele nur aus Erzählungen der eigenen Großeltern oder aus dem Geschichtsunterricht kannten - wir haben Krieg in Europa.

Das Machtstreben eines Mannes, der unverantwortliche Angriffskrieg gegen die Ukraine, hat ausgelöscht, was wir bislang als persönliche Sicherheit empfunden haben. Die Welt, in der wir leben, hat sich von einem auf den anderen Tag entscheidend verändert. Wenn auch viele von uns die letzten zwei Jahre pandemiebedingt und auch durch die schreckliche Flutkatastrophe im letzten Jahr Verluste, Ängste, große Sorgen und Entbehrungen erdulden mussten, so denken wir jetzt auch an die, die momentan nur rund 1.500 km entfernt um ihr Leben bangen, Angehörige, Freunde, Nachbarn betrauern und einer ungewissen Zukunft entgegenblicken.

Das viermal jährlich erscheinende „Rathaus-Journal“ der CDU-Rats-

fraktion dient zwar primär der Information zu kommunalpolitischen Themen. Doch möchte ich dieses Vorwort heute einmal etwas anders nutzen, nicht als Ausblick auf Themen, sondern um DANKE zu sagen!

DANKE an alle, die das Leid von Menschen sehen und anpacken, ohne groß nachzudenken, ob hauptberuflich oder ehrenamtlich, sei es bei der Pandemiebekämpfung, den Hilfen für die Flutopfer oder für die Menschen, die unter dem Krieg leiden. DANKE, für die vielen Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft, für die vielfältig gestarteten Hilfsinitiativen. DANKE, für die Bereitschaft, Menschen in größter Not aufzunehmen oder zu unterstützen und auch Kostensteigerungen und Entbehrungen in Kauf zu nehmen, um das breit getragene Bemühen um Frieden mit selbstbewussten Taten zu unterlegen.

Sie, Ihre Einstellung, Ihr Handeln und Ihr Engagement bilden den „sozialen Kitt“, der unsere Gesellschaft zusammenhält, der das Leben in unserer Stadt, unseren Stadtbezirken und unseren Veedeln so lebens- und so liebenswert macht! Dafür DANKE ich Ihnen im Namen der CDU-Ratsfraktion von Herzen!



Guido Déus MdL

Fraktionsvorsitzender

Auch wenn uns diese Krisen im Augenblick besonders bewegen, können Sie gerne zu kommunalpolitischen Themen und Fragestellungen auf uns zukommen. Unter „sprechstunde@cduratsfraktion-bonn.de“ oder Telefon 0228-772044 nehmen wir Ihre Anliegen gerne entgegen.

Trotz all dieser schwierigen Umstände wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen dennoch ein gesundes Osterfest im Kreise Ihrer Lieben!

Ihr Guido Déus MdL



Parkgebühr Abzocke

Seite 2



Schule, OGS und Kitas

Seite 3



Tag des Blaulichts

Seite 3



Stadthalle

Seite 4

Parkgebühr Abzocke!

Grün-Linke Anti-Auto-Ideologie



Auf erhebliche Kritik ist das von Ratsmehrheit und Verwaltung als Strategie verkaufte Parkraummanagement gestoßen, das mit der grün-linken Mehrheit im Rat am 10. Februar beschlossen worden ist. „Das ist eine ‚Strategie‘ ohne Konzept. Hier wird nichts Neues beschlossen, was die von der Ratsmehrheit angestrebte Verkehrswende unterstützen könnte. Vielmehr werden für alle Bürgerinnen und Bürger, die nicht mehr mit dem Auto in die Stadt fahren wollen, keine attraktiven Alternativen geboten. Denn der ÖPNV wird nicht gleichzeitig spürbar verbessert, verbilligt, taktverdichtet, pünktlicher oder sauberer“, begründete CDU-Fraktionsvorsitzender Guido Déus MdL in der Sitzung den Widerstand seiner Fraktion. Auch die Schaffung von Park&Ride-Plätzen wird immer wieder verschleppt und ist daher auch kein wirkliches Argument für einen Umstieg.

Vielmehr werden Handel und Wirtschaft in der Bonner City und den Stadtbezirkszentren weiter geschwächt. „Die beliebte sogenannte Brötchentaste und das kostenlose Parken an Samstagen waren bislang beliebte Anreize, die Stadtbezirkszentren zu besuchen und nicht nur Brot, sondern auch andere Waren zu kaufen“, erinnerte Déus. Gemeinschaftlich mit den verkehrlichen Eingriffen in der Innenstadt und der neuen Parkraumregelung wird auch die durch Corona und Internethandel schon gebeutelte Geschäftswelt im gesamten Bonner Stadtgebiet weiter belastet. Folge ist die Ver-

drängung der Kundinnen und Kunden ins Umland.

Gerade für die Bevölkerungsschichten, die sich kein neues Auto, keinen Hybrid, kein Elektro-Kfz leisten können, ist der ÖPNV in seiner jetzigen Form in Bonn zu teuer und zu unflexibel.

Auch für die Bürgerinnen und Bürger verspricht die von Verwaltung und Mehrheitskoalition gefeierte Änderung der Parkraumregelung kaum eine Verbesserung. Gerade die Einkommensschwächeren erfahren durch die geplante erhebliche Verteuerung der Anwohnerparkausweise und das Parken eine weitere Belastung. Besser gestellte Einkommenschichten können sich etwa die Garage oder den Stellplatz auf dem eigenen Grundstück leisten, für in Mietwohnungen lebende Studierende, Seniorinnen und Senioren, Alleinerziehende und alle anderen weniger gut gestellten Personen kommt das nicht in Betracht. Sie müssen tiefer in die Tasche greifen, ohne dabei einen Anspruch auf einen Parkplatz in ihrem Viertel zu haben.

„Sie führen als Lösungsmöglichkeiten für das Parken in Wohnvierteln immer den Bau von Quartiersgaragen an. Wo bitte sollen diese denn in den ohnehin schon verdichteten bzw. nach dem Willen der Koalition künftig noch weiter zu verdichtenden Wohnvierteln denn entstehen? Das sind also eher Luftschlösser als realistische Alternativen“, stellte der verkehrspolitische Sprecher



Jürgen Wehlus

Verkehrspolitische Sprecher

der CDU-Stadtratsfraktion, Jürgen Wehlus, klar.

Déus kritisierte auch, dass die Stadt die Mitte 2023 auslaufenden sogenannten „Lead City“-Maßnahmen nicht mit eigenen Mitteln weiter fortsetzt, um zumindest den Status Quo zu erhalten. Dagegen hat der Rhein-Sieg-Kreis für seinen Bereich auch darüber hinaus Geld bereitgestellt. Im Bonner Haushalt sucht man diese vergeblich.

Zusammenfassend sagte Wehlus: „Die ideologisch geleitete Symbolpolitik des Rates führt Bonn nicht in die angestrebte Verkehrswende, sondern in Dauerstau und Sackgasse. Dabei lassen Grüne und Linke völlig außer Acht, dass die Zulassungszahlen in Bonn sich weiter auf hohem Niveau bewegen. Konzepte hierfür gibt es nicht, nur Umerzehrungsstrategien.“



Foto: © racorn / 123RF.com

Offene Ganztagschule und Kitas:

Viel getan - viel zu tun!

Ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-, Tagespflege- und OGS-Plätzen mit hohen Qualitätsstandards ist ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gemeinschaftliches Spielen und Lernen legt den Grundstein für das weitere Leben.

Seit 2017 wurden in Bonn über 1.000 zusätzliche OGS-Plätze geschaffen und somit eine Versorgungsquote von 73 Prozent erreicht. Diese gute Bilanz muss unbedingt fortgeführt werden, da mit dem kommenden Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz die Nachfrage noch einmal steigen wird. Ab dem Schuljahr 2019/2020 wurde das OGS-Budget erhöht und um jährlich

zwei Prozent dynamisiert. Damit ist die hohe Qualität der Betreuung langfristig gesichert.

Auch das Angebot von Kita-Plätzen wurde massiv ausgebaut, was jedoch immer noch nicht reicht. Der weitere Kita-Ausbau muss bei allen Planungen Berücksichtigung finden.

**Ü3
Betreuung
muss
beitragsfrei
werden!**

Im Jahr 2020 wurde auf Initiative der CDU-geführten Landesregierung das zweite kostenlose Kita-Jahr eingeführt und auch in Bonn umgesetzt. Dies darf aber nur ein Zwischenziel darstellen. Für die Zukunft ist es aus Sicht der CDU-Ratsfraktion wichtig, dass die Kitabeiträge für Ü3 komplett ab-



Feyza Yildiz

Jugendpolitische Sprecherin

geschafft werden. Hierdurch wird ein Kitabesuch für alle Kinder ohne Hemmschwelle ermöglicht und die Eltern direkt finanziell entlastet.

Tag des Blaulichts an den Schulen der Bundesstadt Bonn



Torben Leskien

Stellv. Vorsitzender Katastrophenschutzbeirat

Ab dem Schuljahr 2022/2023 soll nach Auffassung der CDU-Ratsfraktion ein „Tag des Blaulichts“ an Bonner Schulen durchgeführt werden.

Ziel dieses Tages ist, dass Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sich und ihr Tätigkeitfeld in den Schulen vorstellen und aktiv um Nachwuchs werben können. Zu diesen zählen die Feuerwehr, der Rettungsdienst, die Polizei, das Ordnungsamt, die Hilfsorganisationen, das Technische Hilfswerk und die DLRG.

Die CDU-Fraktion hat daher einen Antrag auf den Weg gebracht, der

die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit Schulen und Akteuren aufzunehmen, um hierzu ein Konzept zu erarbeiten. Denkbar wäre aus CDU-Sicht beispielsweise ein Schulprojekttag. Die Haushaltsmittel für das Konzept und die Durchführung sollen bereitgestellt werden.

„Ein solcher Tag schafft Respekt für die großartige Arbeit, die in diesem Bereich geleistet wird. Es ist wichtig, die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement zu fördern, um die gute Struktur der Organisationen aufrecht zu erhalten“, so Torben Leskien.



Stadthalle: Oberbürgermeisterin

lässt Bad Godesberg links liegen, CDU macht weiter Druck

Seit inzwischen fast zwei Jahren ist die Stadthalle nun geschlossen. Bis heute hat die Verwaltung keinen Plan zur Sanierung oder auch nur einen Zeitplan vorgelegt. Oberbürgermeisterin Dörner hat offenbar weder die Bedeutung der Stadthalle für den Stadtbezirk und die ganze Stadt noch die Dringlichkeit dieses Projekts erkannt.

Dabei ist die Stadthalle ein bedeutendes Bauwerk und Zeugnis der Bonner Republik. Sie war die erste Kongresshalle, die nach dem Krieg in der Bundesrepublik erbaut

wurde. 1955 wurde sie von Bundespräsident Theodor Heuss eröffnet. Bereits damals wurden hier auf diplomatischem Parkett gekrönte Häupter empfangen. Die SPD verabschiedete hier 1959 ihr „Godesberger Programm“. Die Kulturszene war u. a. durch die Berliner Philharmoniker unter Herbert von Karajan vertreten.

Heute ist die Stadthalle unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor für den Kongress-, Tagungs- und Hotelstandort Bonn und ein wichtiger

Veranstaltungsort für Bad Godesberger und Bonner Vereine. Erst nach einem Dringlichkeitsbeschluss der Bezirksvertretung, einen Teil der Säle wieder für den öffentlichen Betrieb zu öffnen, hat die Verwaltung angekündigt, dies ab Mai 2022 zu ermöglichen. Diesen politischen Druck werden wir in der BV und im Rat aufrecht erhalten, um zügig eine klare Sanierungsperspektive sowie einen konkreten Zeitplan vorgelegt zu bekommen, um einen langjährigen Leerstand zu vermeiden.

Videobeobachtung ausbauen und gemeinsame Anlaufstelle von Stadtordnungsdienst und Polizei in Bad Godesberg schaffen

Die jüngste Kriminalstatistik weist für Bad Godesberg einen Anstieg von 7,4 Prozent im Vergleich zu 2020 aus. Neben Taschendiebstählen und Diebstählen aus Fahrzeugen sind auch die Straßenkriminalität und die Fälle von Körperverletzungen deutlich angestiegen. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der Fälle mit schwerer Körperverletzung. Sechs Jahre nach dem gewaltsamen Tod von Niklas P. haben erneut mehrere schwere Gewaltdelikte im Stadtbezirk stattgefunden.

Noch immer haben die Oberbürgermeisterin und ihre Verwaltung Empfehlungen zur Gewaltpräven-

tion nicht umgesetzt. Ein entsprechendes Gewaltpräventionskonzept wurde im Anschluss des tragischen Vorfalles zwar gemeinsam mit der Universität Marburg erarbeitet, auf die konsequente Umsetzung wartet Bad Godesberg bislang jedoch vergeblich.

Zur Verbesserung der Sicherheitslage in Bad Godesberg müssen endlich eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt werden. Es müssen wirksame Handlungskonzepte zur Verhütung krimineller Delikte entwickelt werden. Die gewaltpräventive Arbeit muss ausgebaut und gefördert werden. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten

der Videobeobachtung verstärkt genutzt werden. Die jüngste Änderung des Polizeigesetzes NRW durch die CDU-geführte Landesregierung macht einen verstärkten Einsatz möglich.

Zur Verbesserung der objektiven Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls soll schließlich eine gemeinsame Anlaufstelle des Stadtordnungsdienstes und der Polizei geschaffen werden nach dem Vorbild der Wache GABI in der Bonner Innenstadt.

Mit konsequentem Handeln ist eine Verbesserung der Sicherheitslage in Bad Godesberg zu erreichen.

Impressum

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Altes Rathaus am Markt
53103 Bonn

Telefon: 0228 77 38 10
eMail: cdu.ratsfraktion@bonn.de
Web: cduratsfraktion-bonn.de

V.i.S.d.P.: Horst Gehrmann
Redaktion und Layout:
Mareike Röhrich, Christian Sieberg,
Christian Gold

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.